

DAS SCHRAUBEN- PROBLEM

TEXT
ION KARAGOUNIS
BILD
MAURIZIO DI IORIO



Was kann und muss man ändern an unserem Wirtschaftssystem, um der Klimakatastrophe zu begegnen?

Stellen Sie sich vor, Sie besitzen ein Unternehmen und produzieren Schrauben. Eines Tages kommt die Leiterin Forschung und Entwicklung mit einer erfreulichen Nachricht zu Ihnen: «Wir haben ein neues Verfahren entwickelt, mit dem wir unsere Schrauben künftig in der halben Zeit und mit halb so viel Energie produzieren können!»

Natürlich führen Sie das Verfahren sofort ein. Bei der Umsetzung taucht unvermittelt eine Frage auf: Was machen Sie mit dem Effizienzgewinn? Sie haben drei Möglichkeiten:

- A** Sie produzieren künftig doppelt so viele Schrauben.
- B** Sie diversifizieren und produzieren neben Schrauben zusätzlich Muttern.
- C** Sie produzieren gleich viele Schrauben wie bis anhin. Die gewonnene Zeit investieren Sie und Ihre Mitarbeitenden in gemeinnützige Engagements.

Solange genug Nachfrage besteht, werden Sie sich kaum für Variante C entscheiden. Das ist der Grund, weshalb die Umweltbelastung in den letzten Jahrzehnten stetig gestiegen ist, obwohl die Industrie immer effizienter produziert. Bei A und B bleibt der Energieverbrauch konstant, und der Metallver-

brauch nimmt sogar zu, weil jetzt mehr produziert wird als vorher. Global gesehen, sind der ökologische Fussabdruck – als Mass für den Ressourcenverbrauch –, der Energieverbrauch und der CO₂-Ausstoss seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs weitgehend parallel zur weltweiten Wirtschaftsleistung gestiegen.

So kann das nicht ewig weitergehen mit unserer Wirtschaft, denken viele Menschen. Seit Greta Thunberg fordern sie es laut: System Change, not Climate Change. Und, typisch für die Schweiz, die Forderung wird sofort als radikal abgetan und das Schreckgespenst des Kommunismus an die Wand gemalt.

Dabei könnte uns eine differenzierte Debatte über die grosse Schwäche der heutigen Wirtschaftssysteme helfen – ob es sich nun um die freie Marktwirtschaft oder den Sozialismus chinesischer Ausprägung handelt: die Schwäche, für die globalen Umweltkrisen eine befriedigende Lösung zu finden. Die Frage lautet: Wie können sich Wirtschaft und Gesellschaft weiterentwickeln, damit sie fähig sind, den Klimawandel, die fortschreitende Abholzung der Tropenwälder oder die Plünderung der Meere zu stoppen? Einige kleine Korrekturen werden nicht ausreichen. Es wird auch nicht bei der Dekarbonisierung bleiben, die für sich allein gesehen schon eine Herkulesaufgabe ist. Die Gefahr ist gross, dass wir in die nächste Falle tappen, wenn wir uns nicht – genau! – mit der Systemfrage befassen.

Aber: Kann man ein System ändern oder gar abschaffen, wie es oft gefordert wird? Begriffe wie «unser Wirtschaftssystem», «der Kapitalismus» oder «die Planwirtschaft» implizieren, dass wir ein vorherrschendes System mit wenigen Handgriffen durch etwas Besseres ersetzen können. Das ist Unsinn. Wir leben in einer Vielzahl von Systemen und Teilsystemen, die ineinander übergehen und je nach Region unterschiedlich ausgeprägt sind. Selbst in der Schweiz, die sich zur freien Marktwirtschaft bekennt, gibt es planwirtschaftliche Elemente, und zwar nicht wenige. Man denke an das Gesundheitswesen, an die Abfallwirtschaft oder an die Raumplanung.

Diese Systeme haben sich über die Jahrhunderte herausgebildet und weiterentwickelt, manchmal zufällig, manchmal bewusst gesteuert durch die Menschen. Weder sind sie in sieben Tagen entstanden, noch handelt es sich um Naturgesetze. Es liegt in unserer Hand, sie weiterzuentwickeln. Das mag nicht einfach sein, aber durch eine kontinuierliche Änderung der Rahmenbedingungen kann man sie in die gewünschte Richtung lenken. In Bezug auf die globalen Umweltkrisen sind drei Elemente entscheidend: «Technische Innovationen weitertreiben», «Lebensstil entmaterialisieren» und «Entwicklungsniveau sichern».

Kehren wir zu unseren Schrauben zurück und schauen uns die Rolle der technischen Innovationen nochmals an: Die industrielle Produktion der allermeisten Güter ist im Laufe der letzten Jahrzehnte massiv effizienter geworden. Ebenso hat sich die Umweltsituation in einzelnen Weltgegenden stark ver-

bessert, beispielsweise die Luftqualität in Europa. Trotzdem ist es aus globaler Sicht nicht gelungen, den Verbrauch von Energie und Ressourcen zu bremsen. Gesunken ist er nur in Perioden wirtschaftlichen Abschwungs, zum Beispiel in der Wirtschaftskrise von 2008. Gründe dafür gibt es viele: Zunahme der Nachfrage, Verlagerung umweltschädlicher Produktionsprozesse in andere Weltgegenden, Nichtanwenden neuester Technologien, wo kein Kostendruck besteht, oder schlicht Verschwendung, weil die Dinge viel zu billig sind. 60 Prozent der in der Schweiz verkauften Kleider werden nach einem Jahr bereits wieder weggeworfen; 40 Prozent der hergestellten Kleider gelangen gar nie bis zu einem Kunden – so verpufft jeder Effizienzgewinn.

Effizienzgewinne für die Umwelt, nicht für die Mehrproduktion

Was folgt daraus? Technische Innovationen werden wichtig bleiben, aber sie brauchen eine enge Begleitung. Wir müssen dafür sorgen, dass Effizienzgewinne tatsächlich der Umwelt zugutekommen und nicht in einer Mehrproduktion münden. Das geht nur, indem wir den verschwenderischen Lebensstil in den entwickelten Ländern entmaterialisieren. Ansätze gibt es viele: Dienstleistungen anbieten statt Produkte, Produkte langlebig und wiederverwendbar ausgestalten, nach den Grundsätzen einer Kreislaufwirtschaft produzieren – gerade die Digitalisierung wird hier noch viele Lösungen hervorbringen, von denen wir noch nicht einmal träumen. Genauso wichtig ist die Nachfrageseite – in die Nähe statt in die Ferne schweifen, Dinge reparieren statt wegwerfen, Dinge mieten und teilen statt kaufen. Mit den «75 Ideen, wie Sie den Klimawandel stoppen können» hat «Das Magazin» (N° 13/2019) bereits eine umfassende und alltagstaugliche Handlungshilfe geliefert.

Damit diese Ideen tatsächlich umgesetzt werden, braucht es bessere Rahmenbedingungen und Anreize – allen voran höhere Preise für Energie, Ressourcen und schädliche Emissionen. Sobald eine in der Schweiz biologisch produzierte Tomate billiger ist als eine konventionelle und aus dem Ausland importierte, ist die Sache geritzt. Instrumente gibt es viele: zum Beispiel umweltschädliche Subventionen abschaffen oder Abgaben und Emissionshandelssysteme einführen. Sie funktionieren, sofern die Preise genug hoch angesetzt werden. Bei Handelssystemen braucht es eine Obergrenze für die Emissionen, die dann kontinuierlich sinkt (Cap and Trade). Am wichtigsten ist es, beim Energieverbrauch und bei den CO₂-Emissionen anzusetzen. Damit werden fast alle Produktionsprozesse und die viel zu billigen Gütertransporte rund um den Globus erfasst. Umwelt- und Wirtschaftswissenschaftler erachten Abgaben und Handelssysteme schon lange als wirkungsvolle Instrumente, um das Marktversagen beim Umweltschutz zu korrigieren. Sie finden auch in der Politik immer mehr Akzeptanz, wie die Diskussionen um die Abgabe auf Flugtickets zeigt.

Eine Klimawandelbremse wäre ein zusätzliches Instrument, um die Emissionen zu verringern und die Entmaterialisierung zu fördern. Sie funktioniert gleich wie die Schuldenbremse, die die Schweiz vor bald zwanzig Jahren eingeführt hat. Bleiben die CO₂-Emissionen höher, als sie im CO₂-Gesetz vorgeschrieben sind, dann darf das Parlament Gesetze oder Projekte, die zu einem zusätzlichen CO₂-Ausstoss führen, nur noch mit absolutem Mehr bewilligen. Die Schuldenbremse wirkt hervorragend, die Schweiz zählt zu den Ländern mit der geringsten Staatsverschuldung – eine Klimawandelbremse hätte denselben positiven Effekt für das Klima.

Das Wachstum kommt unter Druck

Was aber wird passieren, wenn wir es mit der Entmaterialisierung richtig ernst nehmen? Wenn der Verbrauch an Ressourcen und der Ausstoss von Schadstoffen so stark sinkt, wie es aus Umweltsicht notwendig ist? Diese Frage tönt lapidar, ihre Antwort aber ist brisant: Das Wirtschaftswachstum wird sich verlangsamten oder gar zum Stillstand kommen.

Wenn wir unseren Lebensstil entmaterialisieren, wird die Nachfrage für die Gewinnung, den Transport und die Verarbeitung vieler Ressourcen sinken. Die entsprechenden Branchen werden schrumpfen. Der Ausstieg aus den fossilen Energien wird einen der grössten Industriesektoren komplett umwälzen und das Wachstum bremsen, das bis jetzt möglich war dank der billigen Verfügbarkeit von Kohle, Erdöl und Gas. Begriffe wie nachhaltiges oder grünes Wachstum tönen schön. Aber munter weiterwachsen und gleichzeitig den Ressourcenverbrauch massiv senken, das bleibt ein Wunsch jenseits der Naturgesetze. Natürlich werden und sollen einzelne Branchen wachsen, beispielsweise die Bereitstellung erneuerbarer Energien. Dasselbe gilt für die Entwicklungsländer mit ihrem berechtigten Wunsch nach mehr Wohlstand. In der Summe aber werden wir nicht mehr wachsen.

Wäre das überhaupt ein Problem? Na klar, sagen die einen, unsere Wirtschaft funktioniert nur dank Wachstum. Sollte auch ohne gehen, meinen andere. Nehmen wir das Beispiel einer Schwarzwäldertorte, die Sie gemeinsam mit elf Kollegen essen. Sie schmeckt Ihnen so gut, dass Sie mehr als das Zwölftel möchten, das Ihnen zusteht. Es gibt zwei Möglichkeiten: Einer Ihrer Freunde nimmt mit einem kleineren Stück vorlieb. Oder aber: Sie bestellen sich eine grössere Torte. Sie erhalten mehr und Ihr Freund weiterhin sein Zwölftel.

Natürlich ist die Realität komplexer. Aber die Grundmechanismen sind gleich: Die soziale Wohlfahrt, unsere Gesundheitsversorgung, unsere Renten oder die Instandhaltung der Infrastrukturen – all das lässt sich prima finanzieren, solange wir wachsen. Von der Entwicklung der ärmeren Weltgegenden gar nicht zu sprechen. Solange wir wachsen, fällt uns alles leichter. Stagnieren oder schrumpfen wir gar, wird es schwierig mit der Verteilung. Das ist aber kein Be-

weis dafür, dass eine Welt ohne Wachstum nicht möglich wäre.

Nicht mehr wachsen? Diese Frage ist hochrelevant, selbst wenn sie von vielen als grüne Spinnerei und als Wohlstanddiskussion auf die Seite geschoben wird. Denn wer garantiert, dass wir immer weiterwachsen? Ein Blick auf die Wachstumsraten in den letzten Jahrzehnten zeigt das Gegenteil: Auf eine stürmische Wachstumsphase folgt eine Periode mit Wachstumsraten, die immer kleiner werden. So geschehen in Europa und in den USA – rasante Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg, heute Zuwachsraten von ein bis zwei Prozent, wenn es hoch kommt, drei Prozent. Etwas später war Japan an der Reihe, jetzt folgt China: Nach zweistelligen Wachstumsraten ist China beim «New Normal» von etwa sechs Prozent angelangt, Tendenz sinkend. Man muss nicht Zukunftsforscher sein, um vorauszusehen, dass das in anderen aufstrebenden Märkten genauso geschehen wird. Die Nachfrage wird nicht ewig steigen, ab einem gewissen Punkt ist jedes System gesättigt. Das beobachten wir schon heute. In vielen Städten sinkt etwa die Nachfrage nach Autos. Das ist ein langfristiger Trend, denn viele junge Menschen, ob in der Schweiz, in Grossbritannien oder in den USA, lernen nicht einmal mehr Auto fahren.

Systemtragende Elemente krisenresistent ausgestalten

Unser Umgang mit Wachstumsschwächen ist wenig kreativ. Wir rufen reflexartig nach mehr Wachstum, erhöhen Staatsschulden oder führen Negativzinsen ein, um die Wirtschaft in Gang zu halten. Nützen tut das begrenzt, und der Aufwand, um das Wachstum anzukurbeln, wird immer höher. Schrumpft die Wirtschaft gar, wie wir es in Griechenland, Spanien oder Argentinien erlebt haben, verfallen wir in den Krisenmodus.

Unsere Wirtschaft wäre viel krisenresistenter, wenn die systemtragenden Elemente wie soziale Wohlfahrt oder Altersvorsorge ohne Wachstum funktionierten. Unser Entwicklungsniveau zu sichern, selbst wenn wir nicht mehr wachsen, ist deshalb der dritte Ansatz bei der Weiterentwicklung unserer Wirtschaftssysteme. Nur dieser Schritt kann uns Menschen die notwendige Perspektive und Zuversicht für unsere Zukunft verleihen. Umweltschützer können zwar Dinge wie «Weniger brauchen macht glücklicher» propagieren – solange die Menschen ihre soziale Sicherheit bedroht sehen, gibt es keine breite Akzeptanz für einen Schutz von Umwelt und Ressourcen, der wesentlich weiter geht als heute.

Wie aber soll das gehen? Bereits gibt es erste Ökonomen, die sich damit befassen, man kann sie jedoch an einer Hand abzählen. Tim Jackson aus Grossbritannien, Niko Paech aus Deutschland und Irmi Seidl aus der Schweiz gehören dazu. Sie entwickeln Modelle, die zeigen, wie wir unser Entwicklungsniveau ohne Wachstum sichern können. Zentral ist dabei die Zukunft der Arbeit. Was und wie viel wer-

den wir arbeiten? Was wird bezahlt, und was ist unbezahlte Arbeit zugunsten der Gemeinschaft? Variante C bei unserem Beispiel mit den Schrauben könnte zur Wahl der Zukunft werden.

Die genannten Personen leisten Visionäres, aber sie finden noch wenig Beachtung im Mainstream der Ökonomie. Unsere Wirtschaftswissenschaften müssen kritischer werden gegenüber der Rolle des Wachstums. Bei dieser Frage darf das Denken nicht enden, hier beginnt es erst richtig. Zukünftige Systeme müssen in einer Situation begrenzter Belastbarkeit des Planeten und begrenzter Nachfrage bestehen können, dürfen den Menschen aber nicht in seinem Gestaltungswillen behindern. Das Wachstum hat uns eine fantastische Entwicklung beschert, aber als Lösungsstrategie gegen die Klimakrise und gegen die Übernutzung der Ressourcen taugt es nicht.

Was die Hochschule St. Gallen oder die Uni Zürich bräuchten, wäre ein Lehrstuhl für kreatives Schrumpfen. DM

ION KARAGOUNIS ist beim WWF Schweiz verantwortlich für neue Wirtschaftsmodelle und Zukunftsfragen. Zudem schreibt er regelmässig zu Umwelt- und Reisetemen. info@karagounis.ch

Inserat ermöglicht durch Medienpartnerschaft mit Tamedia

DAS MAGAZIN

BRITISCHE HÄRTE

Vor fünfzig Jahren
vertrieb die Kolonialmacht
die Bewohner der
Chagos-Inseln. Bis heute
warten sie auf die Rückkehr in
ihre Heimat

